

Familienbildung in Bayern - Bedarf und Nutzung aus Elternsicht

Eltern fühlen sich heute häufiger unsicher in Erziehungsfragen, besuchen jedoch auch öfter erziehungsbezogene Kurse, Vorträge, Gruppen und Informationsangebote. Dass es solche Angebote gibt, wissen rund 90 Prozent der bayerischen Eltern mit minderjährigen Kindern, nur jede/r Zehnte hat darüber überhaupt keine Informationen.

Diese Ergebnisse stammen aus einer Studie, die das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (*ifb*) im Jahr 2006 im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen durchgeführt hat. Dabei wurden fast 1.300 Mütter und Väter aus ganz Bayern, die mit mindestens einem minderjährigen Kind im Haushalt leben, telefonisch befragt; 41 weitere gaben in einem persönlichen Gespräch Auskunft. Ziel dieser Studie war es zum einen, im Vergleich mit den Daten der ersten *ifb*-Elternbefragung zum Thema Familienbildung aus dem Jahr 2002 mögliche Veränderungen im Bedarf an und in der Nutzung von Familienbildung zu identifizieren, und zum anderen, das Themenspektrum der ersten Erhebung zu vertiefen sowie um neue Aspekte, wie z.B. die Nutzung von verschiedenen Medienangeboten, zu erweitern.

Unsicherheit in Erziehungsfragen als Anknüpfungspunkt für Familienbildung

Als Indikator dafür, in wie weit Eltern einen Bedarf an familienbildenden Angeboten haben (könnten), wurde in der Studie danach gefragt, ob und wenn ja, wie häufig Eltern sich in Erziehungsfragen unsicher sind. Es zeigte sich, dass die Unsicherheit in der Tendenz zunimmt: Hatten 2002 nur 5 Prozent der bayerischen Eltern angegeben, in der Kindererzie-

hung häufig oder immer unsicher zu sein, lag dieser Anteil 2006 mit fast 12 Prozent mehr als doppelt so hoch. Gleichzeitig halbierte sich der Anteil derjenigen Eltern, die angeben, nie unsicher zu sein, fast von 13 auf 7 Prozent. Die ersten Ansprechpartner(innen) für Eltern in einer Situation der Unsicherheit sind damals wie heute Personen aus dem sozialen Nahfeld, allen voran der Partner bzw. die Partnerin. Außerhalb des privaten Umfelds wenden sich Eltern bei Erziehungsproblemen bevorzugt an Lehrkräfte und (Kinder-)Ärzte bzw. -ärztinnen, und damit an Personen, die sie kennen und mit denen sie häufig ohnedies in Kontakt stehen.

Die Nutzung von Medien zur Information in Erziehungsfragen

Aber auch Medien spielen als Informationsquelle in Erziehungsfragen eine wichtige Rolle. Besonders das Internet hat als Informationsquelle in Erziehungsfragen seit der ersten Befragung 2002 stark an Bedeutung gewonnen. Vor allem jüngere, gebildete Eltern nutzen es gerne als eine Art Nachschlagewerk, um schnell an erste Informationen zu gelangen. Die explizit familienbildenden Online-Angebote, beispielsweise Newsletter oder Fachseiten zu erziehungsbezogenen Themen, werden jedoch selten genutzt. Trotz seiner gestiegenen Verbreitung in den Familienhaushalten ist das Internet damit im Erziehungsalltag gegenüber der Ratgeberliteratur eine nachrangige Informationsquelle.

Im Fernsehen kennen Eltern vor allem die Erziehungs-Doku-Soaps der Privatsender, allen voran die „Super-Nanny“. Im Unterschied zu den (deutlich weniger bekannten) Sendungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu Erziehungsthemen werden sie v.a. von weniger gebildeten Eltern regelmäßig gesehen und erfahren bei diesen teilweise eine sehr hohe Wertschätzung. Akademiker(innen) hingegen betrachten insbesondere den Erziehungsstil der „Super-Nanny“ kritisch und empfinden dieses TV-Format eher als unterhaltsam denn als hilfreich für den eigenen Erziehungsalltag.

Was mediale und auch gedruckte Informationen zur Erziehung im Ganzen betrifft, zeigen die Ergebnisse der Studie, dass Eltern hier besonders Wert auf neutrale Informationen legen. Diese sollen allgemeinverständlich formuliert sein und eine hohe Praxisnähe aufweisen. Die Inhalte sollen nach Möglichkeit auf das Alter der Kinder zugeschnitten sein.

Die Rolle institutioneller Familienbildung

Die Nutzung der institutionellen Familienbildung hat zwischen 2002 und 2006 insgesamt zugenommen. Die stärkste Nutzergruppe sind Frauen in Elternzeit, also Mütter, die meist nicht erwerbstätig sind und ihr Kind überwiegend selbst betreuen. Väter – die sich in der Erziehung ihres Nachwuchses laut eigenen Angaben auch weniger unsicher fühlen als Mütter – suchen seltener den Austausch mit anderen Eltern und besuchen auch familienbildende Angebote zu wesentlich geringeren Anteilen. Aber auch bei den Müttern lässt die Nutzung institutioneller Angebote nach einer recht intensiven Inanspruchnahme während der frühen Familienphase – so gilt beispielsweise die Teilnahme an einem Geburtsvorbereitungskurs heute als „Standard“ – mit steigendem Alter der Kinder merklich nach. Viele Eltern jugendlicher Kinder artikulieren aber dann wieder einen Bedarf nach Angeboten zu spezifischen Themen wie z.B. Pubertät, Schule oder Berufswahl.

Elternwünsche an Familienbildung

Insgesamt haben die befragten Mütter und Väter klar darauf hingewiesen, wie wichtig ihnen Bedarfsgerechtigkeit und Passgenauigkeit der Angebote sind. Die Inhalte müssen auf ihre aktuelle Lebenssituation passen, Entsprechendes gilt für die Zugänge. So sind beispielsweise jüngere Eltern gut über den Kindergarten erreichbar und auch eher über das Internet ansprechbar, während sich für Eltern mit älteren Kindern andere Orte anbieten, wie etwa die Schule. Für die meisten Befragten sind weite Wege – insbesondere bei regelmäßigen Kursen – nicht akzeptabel und halten von der Nutzung ab.

Weiterentwicklung der Familienbildung in Bayern

Welche Schlussfolgerungen sind nun aus diesen Ergebnissen zu ziehen?

Die Vielfalt der Familienbildung und ihrer Träger – in inhaltlicher, methodischer und nicht zuletzt auch weltanschaulicher Sicht – ist ein großer Pluspunkt für die Bedarfsgerechtigkeit des Angebots. Sie sollte daher in jedem Falle aufrecht erhalten werden. Die Ergebnisse der Studie weisen jedoch auch darauf hin, dass eine stärkere Abstimmung und Profilierung der Angebote geboten ist, damit die vorhande-

nen Ressourcen möglichst zweckmäßig auf alle gewünschten Themenbereiche und Adressatengruppen verteilt werden können. Dazu ist es hilfreich, das eigene Angebot immer wieder zu überprüfen, in wie weit es den grundlegenden Anforderungen an moderne Familienbildung entspricht und ob die anvisierten Adressatengruppen und Ziele effektiv erreicht werden.

Für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Familienbildung erscheint zudem eine umfassende, wissenschaftlich fundierte Konzeption von Familienbildung erforderlich. Mit der Entwicklung einer solchen wurde 2007 das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg beauftragt. Sie bildet das Kernstück eines geplanten Gesamtkonzepts zur Familienbildung in Bayern, welches auf einen Beschluss des Bayerischen Landtags zurückgeht und dem hohen Stellenwert der familialen Erziehung und Bildung Rechnung tragen soll.

Für ein zeitgemäßes, wissenschaftliches Fundament für die Familienbildung in Bayern werden derzeit neben systematischen Recherchen und Analysen des vorhandenen Angebots theoretische, multidisziplinäre Zugänge zum Themenbereich erarbeitet sowie die Ergebnisse wissenschaftlicher Evaluationen familienbildender Modelle ausgewertet.

Als weiteren Schwerpunkt bereiten wir momentan die Erfassung und Dokumentation von Projekten und Modellen der Eltern- und Familienbildung in Bayern mittels einer Internetbefragung vor. Hierzu wurden verschiedene Fragebögen entwickelt, die online ausgefüllt werden können. Adressaten dieser Erhebung sind alle Einrichtungen, die Angebote zur Familienbildung in ihrem Programm haben oder entsprechende Initiativen koordinierend unterstützen.

Ein dritter Arbeitsbereich besteht schließlich in der Entwicklung und Förderung einer Trägerstruktur. Die Notwendigkeit für eine Anstrengung in diese Richtung ergibt sich aus der – prinzipiell günstigen – Pluralität der anbietenden Träger und insbesondere aus deren vielfach geringem Vernetzungsgrad.

*Dr. Adelheid Smolka
Staatsinstitut für Familienforschung
an der Universität Bamberg (ifb)
adelheid.smolka@ifb.uni-bamberg.de*

Der Bericht über die Elternbefragung ist in der Reihe ifb-Materialien (Band 5-2007) erschienen und kann kostenlos bestellt (sekretariat@ifb.uni-bamberg.de) oder im Internet als PDF-Datei heruntergeladen werden (www.ifb.bayern.de).

Härte allein reicht nicht

EREV und eev Bayern sprechen sich im Rahmen des Wichernkongresses für eine Versachlichung der Debatte um die Verschärfung des Jugendstrafrechts aus.

In der aktuellen Diskussion um den richtigen Umgang mit jugendlichen Straftätern bzw. jungen Erwachsenen werden Fakten meist ignoriert.

- Fakt ist: Jugendstraffälligkeit nimmt ab: Nur drei Prozent der Kinder und Jugendlichen hierzulande begehen Straftaten, Tendenz fallend.
- Fakt ist: Keine Intervention bei jungen Menschen hat eine so hohe Rückfallquote wie der Strafvollzug – über 80% der entlassenen Straftäter werden nach Verbüßung der Jugendstrafe erneut straffällig.

Dennoch verlangen einige Politiker mehr Härte. „Sperrt sie weg, möglichst lange!“, so fordern sie, eine Forderung die bei Fachleuten angesichts der bekannten Fakten Unverständnis auslöst.

Im Rahmen des Wichernkongresses in Rummelsberg äußerten sich der Bundesvorsitzende des Evangelischen Erziehungsverbandes (EREV), Wilfried Knorr und der Vorsitzende des Evangelischen Erziehungsverbandes Bayern (eev), Christian Oerthel zum Themenkomplex.

„Wir brauchen nicht mehr Härte, sondern die frühzeitige Intervention der Jugendhilfe sowie die schnelle und konsequente Anwendung bestehender Gesetze. Gute Sozialpolitik ist die beste Gewaltprävention“, so Knorr und Oerthel am 10. Januar 2008 in Rummelsberg. „Wer die aufopferungsvolle und engagierte Arbeit zahlreicher Pädagoginnen und Pädagogen, die sich im Gegensatz zu vielen Politikern tatsächlich um jugendliche Straftäter kümmern, als „Kuschelpädagogik“ diffamiert, verkennt die enorme bereits jetzt erbrachte präventive und intervenierende Arbeit!“

Spektakuläre Fälle haben in jüngster Zeit immer wieder vor Augen geführt, wie sehr das Wohl von Kindern in Gefahr geraten kann. Zunehmende Armut, eine belastende Lage der Familie, Erziehungsprobleme, Weglaufen, Aggressivität und Schwierigkeiten in der Schule sind nur ein Teil einer langen Liste von Ursachen. An erster Stelle steht „Delinquenz“ und nicht Gewalt für das Auffälligwerden von Jungen und Mädchen.

Sowohl der EREV als auch eev Bayern treten gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechtes ein. Viel mehr müssen die erprobten und erfolgreichen Angebote der Erziehungshilfe weiter entwickelt wer-

den, die den individuellen Problemlagen gerecht werden. *(Pressemitteilung vom 10.1.2008)*

Diakonie aktiv im Kampf gegen Armut

Die bayerische Diakonie bekämpft Armut und fordert mehr Bildungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche.

„Die bayerische Diakonie will in 2008 Armut bekämpfen. Armut in all ihren Facetten – materielle Armut, aber auch soziale Armut, Bildungsarmut und Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe“, erklärt Dr. Ludwig Markert, Präsident des Diakonischen Werkes Bayern, auf der Jahrespressekonferenz. [...]

Über 2,5 Millionen Kinder leben in Deutschland auf Sozialhilfeniveau. Trotz der begrüßenswerten politischen Anstrengungen der letzten Jahre, Kinderarmut zu bekämpfen – beispielsweise durch den forcierten Ausbau der Kindertagesstätten –, kommen die eingeleiteten Maßnahmen in vielen Fällen zu spät und können nicht greifen. Deshalb, so Vorstandsmitglied Birgit Löwe, „fordert die bayerische Diakonie ein politisches Gesamtkonzept zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung des Bildungsniveaus in Deutschland.“ Konkret fordert die Diakonie u.a. den weiteren Ausbau der Kindertageseinrichtungen bzw. Tagespflege, sowie der Ganztagesangebote an Schulen, eine an dem Bedarf des Kindes bzw. des Jugendlichen orientierte Förderung, den Ausbau der Familienbildung, die auch niederschwellig sein muss, sowie vernetzte Bildungsangebote und spezielle Angebote und Förderung für sozial besonders benachteiligte Kinder und Jugendliche.

(aus Pressemitteilung vom 11.2.2008)

Verbund bayerischer Familienbildungsstätten

Die bayerischen Familienbildungsstätten haben sich zum 01.01.2008 zu dem Projekt "Verbund bayerischer Familienbildungsstätten" zusammengeschlossen. Dem Verbund gehören 12 Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft aus München, Freising, Erding, Stadtbergen, Nürnberg, Regensburg, Lauf, Bayreuth und Würzburg an. Dieser trägerübergreifende Zusammenschluss stellt eine Besonderheit des Verbundes dar. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen genehmigte vergangenes Jahr den Projektantrag zur Implementierung einer Landesarbeitsgemeinschaft Bayerischer Familienbil-

dungsstätten und sichert die Finanzierung für drei Jahre.

Ziele des Projekts "Verbund der bay. Familienbildungsstätten" sind:

- Interessenvertretung, damit Familienbildungsstätten gegenüber Politik und Verwaltung des Freistaates Bayern mit einer Stimme sprechen können.
- Der Aufbau eines Netzwerkes zur Bündelung der Ressourcen des verzweigten Systems der Familienbildungsstätten in Bayern und damit Erzielung von Synergieeffekten und Einsparung von Kosten.
- Der Verbund ist zentraler Ansprechpartner für Familien, Verbände, Politiker/innen, Unternehmen und Behörden rund um die Familienbildungsstättenarbeit.
- Der Verbund nimmt an der zukünftigen, dialogorientierten Diskussion zum Thema gesamt-konzeptionelle Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Familien- und Erwachsenenbildung teil.
- Die Angebotspalette im Bereich der Familienbildung wird für Eltern, Kooperationspartner und Zuschussgeber übersichtlich. Familienbildungsstätten sind als Anlaufstellen für Familien bekannt.

*Marianne Falterer, Projektleiterin,
Tel: 08122/ 4 79 91 58
E-Mail: Verbund.bay.FBS@web.de*

Arbeitshilfe:

„Familienförderung im kirchlichen Arbeitsrecht“

Mit der Vorlage des Textes "Familienförderung im kirchlichen Arbeitsrecht. Eine Arbeitshilfe" wirbt die EKD für Familienförderung bei kirchlichen Einrichtungen. Der Text, der im Auftrag des Rates der EKD erarbeitet wurde, versteht sich als Impuls für kirchliche Arbeitgeber und Mitarbeitervertretungen.

Damit reagiert der Rat der EKD auf die Abschaffung familienbezogener Leistungen im Tarifrecht des öffentlichen Dienstes, an dem sich die Kirchen bisher orientiert haben.

Die Arbeitshilfe will neue Wege der Familienförderung im kirchlichen Arbeitsrecht aufzeigen. Statt der Abschaffung empfiehlt der Text, der von einer Ad hoc-Kommission unter Vorsitz der früheren Bundesministerin Christine Bergmann erstellt worden ist, die Familienförderung zeitgemäß weiterzuentwickeln und Regelungen im Tarifrecht zu verankern, die eine neue Balance von Erwerbsarbeit und familiärer Verantwortung für Frauen und Männer ermöglichen.

Als Grundlage für eine familienbewusste Arbeitspolitik mit passgenauen Maßnahmen empfiehlt die Kommission, regelmäßig Bedarfsanalysen durchzuführen. Darüber hinaus stellt die Arbeitshilfe eine Vielzahl von Regelungen zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit sowie Möglichkeiten der Verankerung von Unterstützungs- und Serviceleistungen für Beschäftigte mit Kindern oder betreuungsbedürftigen Angehörigen vor.

Von Kirche und Diakonie werde zu Recht erwartet, dass sie bei der Förderung familienfreundlicher Maßnahmen vorangehe, stellt der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Wolfgang Huber, im Vorwort fest. Die aktuellen Gestaltungsmöglichkeiten im kirchlichen Tarifrecht zu nutzen, sei aber nicht nur ein Gebot der Glaubwürdigkeit. "Die Praxis zeigt: Wo Beschäftigte mit Familienaufgaben gezielt unterstützt werden, sinken die Fehlzeiten, während die Qualität der Arbeit steigt", so Wolfgang Huber.

*Bestelladresse der Arbeitshilfe (EKD-Texte 92):
Kirchenamt der EKD – Versand
Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover
Fax: 0511/2796-470; Email: versand@ekd.de*

Herausgeber: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern),
1. Vorsitzende: Birgit Löwe, 2. Vorsitzende: Evelin Göbel, 3. Vorsitzender: Hans Schlicht,
Geschäftsführer: Helmut Neuberger, Redaktion: Helmut Neuberger
Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299
Internet: www.eaf-bayern.de, Email: info@eaf-bayern.de
Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.
Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg
Mitgliedsorganisationen der eaf bayern:

Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (afa), Amt für Gemeindedienst in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Amt für Jugendarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung in Bayern (AEEB), Bayerischer Landesverband Evangelischer Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder e. V., Deutscher Evangelischer Frauenbund - Landesverband Bayern e. V. (DEF), Diakonisches Werk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern e. V., Evangelische Arbeitsgemeinschaft für allein erziehende Mütter und Väter, Evangelischer Erziehungsverband in Bayern e. V. (EEV), Evangelischer Fachverband für Beratung - Schwangerschaft, Ehe, Familie, Leben, Erziehung, Evangelischer Fachverband für Familienpflege, Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e. V., Evangelisch - Lutherische Gemeinde - Akademie, Evangelisches Männerwerk im Amt für Gemeindedienst in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Evangelische Schulstiftung in Bayern, Evangelische Fachhochschule Nürnberg - Fachhochschule der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, FrauenWerk Stein e.V. in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Freie Elternvereinigung in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (FEE), Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (KDA), Landesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familien-Bildungsstätten in Bayern (LAG)